

Antrag

der Abgeordneten Birgit Homburger, Elke Hoff, Dr. Rainer Stinner, Dr. Karl Addicks, Christian Ahrendt, Uwe Barth, Rainer Brüderle, Angelika Brunkhorst, Ernst Burgbacher, Patrick Döring, Jörg van Essen, Otto Fricke, Paul K. Friedhoff, Horst Friedrich (Bayreuth), Dr. Edmund Peter Geisen, Hans-Michael Goldmann, Miriam Gruß, Joachim Günther (Plauen), Dr. Christel Happach-Kasan, Heinz-Peter Haustein, Dr. Werner Hoyer, Hellmut Königshaus, Dr. Heinrich L. Kolb, Gudrun Kopp, Jürgen Koppelin, Heinz Lanfermann, Sibylle Laurischk, Harald Leibrecht, Michael Link (Heilbronn), Horst Meierhofer, Patrick Meinhardt, Jan Mücke, Burkhardt Müller-Sönksen, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Detlef Parr, Cornelia Pieper, Gisela Piltz, Jörg Rohde, Frank Schäffler, Dr. Max Stadler, Carl-Ludwig Thiele, Florian Toncar, Christoph Waitz, Dr. Claudia Winterstein, Dr. Volker Wissing, Hartfrid Wolff (Rems-Murr), Dr. Guido Westerwelle und der Fraktion der FDP

Innere Führung stärken und weiterentwickeln

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Prinzipien der Inneren Führung haben sich bewährt. Durch sie wird das Bild des Staatsbürgers in Uniform auch heute noch wesentlich geprägt. Ursächlich hierfür ist ihre konsequente Anwendung, obwohl die Innere Führung bei ihrer Einführung heftig umstritten war.

In vielen Bereichen der Bundeswehr, die vom Prinzip der Inneren Führung berührt werden, hat sich ein Wandel vollzogen. Dieser Wandel ist einerseits auf die veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und Wertvorstellungen zurückzuführen, andererseits unterliegt die Bundeswehr selbst seit ihrer Aufstellung einem permanenten Wandel.

Um ein aktuelles Lagebild zur Inneren Führung zu erhalten, setzte der Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages in der 15. Wahlperiode einen Unterausschuss ein. Im Zuge der Arbeit dieses Unterausschusses „Weiterentwicklung der Inneren Führung“ in der 15. und 16. Legislaturperiode wurde deutlich, dass in den Bereichen Ausbildung, Versorgung und auch bei den Rahmenbedingungen des Soldatenberufes zum Teil erheblicher Verbesserungsbedarf besteht, wenn die Bundeswehr in Zukunft jene hoch motivierten, handwerklich gut ausgebildeten, ethisch-moralisch gefestigten und überdies berufszufriedenen Streitkräfteangehörigen vorweisen will, die für die Erfüllung des geänderten Auftrags der Bundeswehr benötigt werden.

- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
1. Maßnahmen zu ergreifen, welche die politische Bildung der Soldatinnen und Soldaten intensivieren;
 2. die Vorbereitung der Soldatinnen und Soldaten auf Auslandseinsätze, speziell bei der Vermittlung interkultureller Kompetenz, zu verbessern;
 3. dafür Sorge zu tragen, dass den Soldatinnen und Soldaten der Sinn von Aufträgen, insbesondere bei Auslandseinsätzen, jeweils ebenengerecht verständlich und einsichtig dargelegt wird;
 4. ein Personalentwicklungskonzept als Bestandteil des Konzeptes der Inneren Führung auszuarbeiten, das erstens die geplante Zielstruktur der Bundeswehr und zweitens die Implikationen des demographischen Wandels berücksichtigt. Darüber hinaus muss dieses Konzept so flexibel gestaltet sein, dass eventuell in der Zukunft notwendige Veränderungen der Personalstruktur mit diesem Konzept aufgefangen werden können;
 5. dafür Sorge zu tragen, dass durch geeignete Maßnahmen die Vereinbarkeit des soldatischen Dienstes mit den Belangen eines Familienlebens schnell und deutlich verbessert wird;
 6. ein Attraktivitätsprogramm aufzulegen, um qualifizierten Nachwuchs in ausreichender Zahl gewinnen zu können. Dieses Programm sollte die Anhebung der Einstiegsbesoldung ebenso beinhalten wie die Schaffung eines eigenen Besoldungsrechtes, das sich an die Beamtenbesoldung anlehnt und den Soldatinnen und Soldaten auch Freiraum für eine zusätzliche, eigenverantwortliche Altersvorsorge schafft, sowie die Durchführung einer echten, auftragsgerechten Personalstrukturreform und Schaffung eines neuen Laufbahnrechts, um den unbefriedigenden Verwendungs- und Beförderungstau in den Streitkräften abzubauen.

Berlin, den 5. März 2008

Dr. Guido Westerwelle und Fraktion